

Tabak-Arbeiter

Nr. 45 / Bremen, den 9. November 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsausführungsvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Beienbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Die „revolutionäre Opposition“

Wir haben es bisher nach Möglichkeit vermieden, uns im „Tabak-Arbeiter“ mit der sogenannten „revolutionären Opposition“ auseinanderzusetzen. Einmal aus dem Grunde, weil die Zahl derjenigen, die den Parteibefehl über die gewerkschaftliche Disziplin stellen, im Deutschen Tabakarbeiter-Verband außerordentlich gering ist; dann aber auch deshalb, weil derartige Auseinandersetzungen immer zum Vorteil der Unternehmer und zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen müssen. Wenn wir trotzdem von der bisherigen Uebung abweichen, so deswegen, weil das organisationschädigende Treiben der „revolutionären Opposition“ uns dazu zwingt.

In der kommunistischen Presse, in Betriebszeitungen und in Flugblättern wird seit einiger Zeit in der unverantwortlichsten Weise gegen unseren Verband und einzelne seiner Funktionäre gehetzt. Jede Lüge und jede Gemeinheit ist den Drahtziehern der „revolutionären Opposition“ recht, wenn sie glauben, damit ihren Zwecken dienen zu können. Dabei wagen die Verleumder noch nicht einmal mit ihrem Namen hervorzutreten; denn sie unterschreiben ihre Schmähschriften entweder überhaupt nicht, oder übertragen die Verantwortung dafür einem immunen kommunistischen Abgeordneten, der von den Verhältnissen in der Tabakindustrie gerade so viel versteht wie die Kuh vom Seiltanzen. Nur Versammlungseinladungen werden gelegentlich von Armbrust und Kohlmann, den aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband ausgeschlossenen früheren Angestellten der Berliner Zahlstelle, unterzeichnet.

Bei dieser Gelegenheit gleich einige Worte über die Gründe, die zu der Entlassung und dem Ausschluß von Armbrust und Kohlmann geführt haben, weil die „revolutionäre Opposition“ auch hier versucht, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Armbrust und Kohlmann sind entlassen und ausgeschlossen worden, weil sie trotz mehrerer Verwarnungen wiederholt und planmäßig gegen die Beschlüsse und Anordnungen des Verbandsvorstandes und anderer gewerkschaftlicher Instanzen gehandelt haben. Der sinnlose Maistrek in den Berliner Zigarettenfabriken ist erst durch ihre mehr als zweideutige Haltung ermöglicht worden. Sie tragen deshalb auch die Verantwortung dafür, daß nicht wenige Funktionäre und Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes auf der Strecke geblieben sind, deren Zahl sicher noch größer gewesen wäre, wenn sich unser Berliner Gauleiter nicht nach Kräften um die Wiedereinstellung derjenigen bemüht hätte, die den Parolen der kommunistischen Partei glauben folgen zu müssen. Entgegen der ihnen ausdrücklich erteilten Anweisung und entgegen ihrer eigenen Zusage haben

Armbrust und Kohlmann ferner Verbandsgelder an die Teilnehmer des wilden Streiks zur Auszahlung gebracht. Wer so handelt, muß die Folgen seines organisationschädigenden Tuns auf sich nehmen, der kann weder Angestellter noch Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sein. Das gleiche gilt für die in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegebenen neun früheren Mitglieder der Berliner Zahlstelle, die wegen grober Verbandschädigung ausgeschlossen werden mußten. Sie haben durch planmäßigen Kadau die Zahlstellenversammlung in Berlin gestört und so deren ordentlichen Verlauf unmöglich gemacht. Das kann sich auf die Dauer keine Organisation gefallen lassen, die es mit der Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nimmt. Sie muß den Trennungsstrich zwischen sich und jenen ziehen, die ihre Verbandszugehörigkeit nur dazu benutzen, um die Geschäfte der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer zu besorgen. Wer der Meinung ist, die in jahrzehntelanger Arbeit unter Mühe und Opfern aufgebauten Gewerkschaften auf Parteibefehl zerschlagen zu können, darf sich nicht wundern, wenn mit ihm kurzer Prozeß gemacht wird. Wir sagen das mit aller Deutlichkeit, damit jeder, der etwa Neigung verspüren sollte, den Gewerkschaftszersplitterern Handlangerdienste zu leisten, weiß, daß für ihn kein Platz mehr im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist. Dasselbe hat Geltung für diejenigen, die die Reichskonferenz der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ besuchen oder sonst in irgendeiner Form zu ihrem Gelingen mit beitragen.

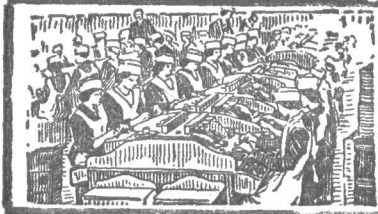
An anderer Stelle dieses Blattes geben wir unter der Ueberschrift „Spaltung der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben“ einen Artikel wieder, der in Nummer 41 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht worden ist. Er vermittelt in jeder Beziehung Aufklärung über die Bestrebungen der Gewerkschaftszersplitterer, so daß es sich erübrigt, hierauf noch einmal näher einzugehen. Zum Schluß soll nur noch darauf hingewiesen werden, daß den Verbandsmitgliedern, die der kommunistischen Partei angehören, deswegen noch niemals ein Haar gekrümmt worden ist und auch in Zukunft nicht gekrümmt werden wird. Im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist Raum für alle Berufsangehörigen, die guten Willens sind, im Rahmen des Statuts und unter Beachtung der Satzungen und Richtlinien des DGB für die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage der Tabakarbeiter zu wirken, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Wer jedoch nur Mitglied ist, um den Verband zu schädigen, wird ausgeschlossen und zwar auch ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit.

Rein Tabakmonopol!

Am 30. Oktober hat der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding in der Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt auch zur kommenden Finanzreform Stellung genommen. Dabei führte er aus, daß die Finanzreform eine Senkung der Steuerlast zum Ziele habe, die notwendig sei zur Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft. Eine solche Steigerung sei zugleich beste Sozialpolitik, denn sie führe zur Minderung der Arbeitslosigkeit und sei zugleich Voraussetzung künftiger sozialpolitischer Maßnahmen. Die Finanzreform werde an einer Senkung der Einkommensteuer, die sich insbesondere auch bei den unteren Stufen durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auswirken werde, und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Ziel der Finanzreform wird eine Entlastung der Volkswirtschaft und

aller ihrer Träger sein. Dieses Ziel werde seiner Auffassung nach nicht dadurch verkleinert werden, daß beispielsweise die Biersteuer in einem Umfange erhöht würde, wie sie für den Etat 1929 geplant gewesen sei. Denn eine solche Erhöhung würde durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums überkompensiert sein. An Monopole werde gegenwärtig nicht gedacht. Große Reichsmonopole brächten Komplikationen mit sich, die die Reform aufhalten könnten. Auch verbiete die Geldmarktlage augenblicklich die Durchführung solcher Bestrebungen.

Aus diesen Bemerkungen darf man wohl schließen, daß etwaige Tabakmonopolpläne im Reichsfinanzministerium vorläufig begraben worden sind. Hoffentlich läßt sich das auch recht bald von den Plänen sagen, die in anderer Form auf eine Mehrbelastung des Tabaks hinauslaufen, obgleich die beispielsweise angeführte Biersteuererhöhung zu dieser Hoffnung nicht gerade ermutigt.



Zigarrenindustrie



Ueber die Anfänge der Zigarrenfabrikation

Historische Studie von **Arno Rapp** (Leipzig)

(Nachdruck verboten)

Ein bedeutender Zweig der Tabakmanufakturen war die Fabrikation von Zigarren. Spanische Krieger sollen die Zigarre am Ausgang des 18. Jahrhunderts auch nach Deutschland gebracht haben. Nach der Schrift des Leipziger P. A. Remnich, die im Jahre 1808 erschienen ist, „Beiträge zur Zigarrenkunde“, sollen die ersten Zigarren in Deutschland im Jahre 1788 in Hamburg geraucht worden sein, wo der dortige Tabakfabrikant Schlotmann anfang, als erster Zigarren zu rollen. Er hatte bei einem Aufenthalte in Spanien die dortige Fabrikationsweise kennengelernt. Anfangs wollten seine Zigarren keine Käufer finden, ja er war sogar gezwungen, selbige zu verschenken, aber bald fand man Geschmack an den „Glimmstengeln“ oder „Tabakstielen“. In den Jahren 1796 und 1797 wurde das Zigarrenrauchen in der Hafenstadt Mode. Neben Schlotmann begannen sich in Hamburg und Altona mehrere Zigarrenfabrikanten zu etablieren. Anfangs sandte man die fertigen Zigarren nach Ruzhaven, wo man sie auf amerikanische Dampfer verfrachtete und sie so als ausländische Fabrikate wieder nach Hamburg brachte.

Schlotmann machte seine ersten Versuche mit sogenannten Vissabonschen Blättern; später verwendete er Blätter aus Louisiana, aus welchen die damals beliebtesten Zigarren gefertigt wurden. Aber auch Tabak aus Ungarn und der Ukraine fand bei der Fabrikation Verwendung.

Vor hundert Jahren fabrizierte man in Hamburg und Altona folgende Zigarrensorten:

1. Echte oder starke Havanna-Zigarren, wozu man die schönsten Havannablätter ohne Näßung gebrauchte. Sie wurden so, wie sie die Natur lieferte, weggearbeitet. Wollte man ihnen ein vierkantiges Ansehen geben, so befeuchtete man sie etwas mit warmem Wasser und schlug sie auf kurze Zeit in ein Tuch ein. Auch die Füllung dieser Zigarren war rein Havanna.

2. Feine leichte Havanna-Zigarren oder ganze Havanna-Zigarren, bei denen Einlage und Deckblatt von Havanna war. Das Blatt wurde vorher einige Stunden in kaltes Wasser gelegt, ein Prozeß, der zuerst zufällig in Hamburg entdeckt worden ist. Durch das Wässern und Waschen des Blattes ging das im Blatte enthaltene widerlich schmeckende Öl verloren, und die Zigarre verlor an Schwere. Nach dem Wässern kamen die Blätter in eine Presse. Sie wurden dann auf dem Tisch ausgerippt und auseinandergelegt, zugeschnitten, mit der Füllung versehen, und zuletzt zwischen Hand und Tisch einzeln gerollt.

3. Kanaster-Zigarren, wozu man zur Füllung schönen reinen Kanaster und zur Decke ein ausgefuchtes Kanasterblatt nahm. Da letztere aber nur mit Mühe zu finden waren, verwandte man zur Decke meist ein passendes Virginisches Blatt.

4. Die Mittel-Havanna-Zigarren bestanden in der Füllung aus Havanna, die Deckblätter aber aus anderen guten amerikanischen Blättern.

5. Unehnte Havanna-Zigarren: Die Füllung war Havanna, die Decke ein virginisches Blatt, welches mit Syrup, Wacholderbeeren und anderen Zutaten präpariert wurde, um der Zigarre das Ansehen und den Geschmack einer echten Havanna zu geben.

6. Die ordinären Zigarren: Zur Füllung nahm man deutschen Tabak, zur Decke virginische, maryländische oder auch deutsche Blätter. Eine damals beliebte Zigarrensorte waren die

7. Strohzigarren, eine Erfindung Hamburger Fabrikanten. In das obere Ende dieser Zigarren wurde eine Federspiße oder ein Strohalm eingeklebt. Man konnte selbstverständlich alle Tabaksorten hierzu verwenden.

Die Preise der in Hamburg, Altona und anderwärts fabrizierten Zigarren richteten sich ganz nach der Qualität des verwandten Tabaks. Ausgefuchte Ware kostete bis 45 Mark, mittlere 22 bis 30 Mark und geringere Ware 10, 12 bis 15 Mark per Kiste. Die Hamburger Kiste Zigarren hielt 800 bis 1000 Stück. Die Hamburger Fabrikanten waren Christen, ihre Arbeiter aber meist Juden. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts lieferten die Hamburg-Altonaer Zigarrenfabrikanten wöchentlich wenigstens 500 Kisten. Außer diesen beiden Städten fabri-

zierte damals auch Bremen schon Zigarren. Beliebte waren vor 100 Jahren die sogenannten hellgelben Zigarren vor den dunklen schwarzbraunen. Auch damals verstanden es die Fabrikanten, um eine schlechte Füllung ein gutes Blatt zu wickeln. Diesen Betrug aber entdeckte man leicht durch das Auseinanderblättern der Zigarre.

Beliebt waren die Zigarren, deren Deckblätter kleine Punkte zeigten. Derartige Zigarren sollten besondere Vorzüge im Geschmack besitzen. Man versuchte daher, dergleichen Flecken auf künstlichem Wege herzustellen, da die geperkten Zigarren gern gekauft wurden.

Die in Hamburg rasch emporblühende Zigarrenindustrie brachte auch die Zigarrenkisten-Industrie zum Vorschein. Hamburger und Altonaer Tischler verfertigten ihre Zigarrenkisten aus Zedernholz, verwandten hierzu aber auch das Holz der Havannakisten und Zuckerkisten. Neben diesen Kisten verfertigte man noch Zigarrenmundstücke aus Holz, Horn, Glas, Bernstein, Elfenbein und Silber.

Bestrafte Ueberarbeit

Die rühmlichst bekannte Firma Fr. Dörrmann, Inhaber Schmitt & Möhringer, in Rüppurr bei Karlsruhe, sowie deren Werkmeister Karl Diehm waren wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitverordnung mit je 80 M Geldstrafe belegt worden. Sie hatten seit Anfang 1929 im Betriebe Rüppurr, dessen verantwortlicher Geschäftsführer Möhringer und dessen verantwortlicher Betriebsleiter Diehm ist, Arbeiterinnen bis zu 10 und 12 Stunden über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Gegen die Strafbefehle wurde Einspruch mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung eingelegt.

In der Hauptverhandlung vor dem Einzelrichter machten die Angeklagten geltend, daß verschiedene Arbeiterinnen von auswärts morgens schon um 6.15 Uhr in den Betrieb gelassen würden, weil man sie nicht in der Kälte (oh, wie human, auch zur Sommerzeit!) draußen stehen lassen wollte. Sie hätten dann aus freien Stücken mit der Arbeit begonnen. Die Arbeit habe bis 18 Uhr gedauert. Die Pausen betrug 1 1/4 Stunden. Nach Ansicht der Angeklagten dürfte vom Verband aus so lange gearbeitet werden. Das schönste ist dabei, daß genannte Firma gar nicht mehr dem R. d. Z. angehört und auch niemals dessen Beschlüsse oder tariflichen Bestimmungen beachtet hat.

Vom Berichtsvorsitzenden wurde jedoch betont, daß nicht der Tarifvertrag, sondern das Arbeitszeitgesetz hier maßgebend sei. Wenn drei Viertelstunden früher angefangen würde zu arbeiten, so hätte man die Arbeiterinnen, die so früh anfangen, die entsprechende Zeit früher aufhören lassen müssen. Es sei nicht zulässig, zu arbeiten, auch wenn die Arbeiterinnen es getan hätten, um mehr zu verdienen. Der Richter verwies auf das Beispiel der Kellner, die auch gern länger arbeiten, um mehr zu verdienen, was jedoch nicht zulässig sei.

Die Aussagen der vernommenen Zeuginnen ergaben, daß auswärtige Arbeiterinnen täglich 10 1/2 bis 10 3/4 Stunden arbeiteten und auch damit einverstanden waren.

Vom Vertreter der Staatsanwaltschaft wurde beantragt, unter Berücksichtigung verschiedener Milderungsgründe, so u. a., daß die Angeklagten nicht die Absicht gehabt hätten, sich zu bereichern, die Strafen auf die Hälfte herabzusetzen. Das Gericht folgte diesem Antrage.

Gegen die Reduzierung der sowieso geringen Strafen müssen wir als Gewerkschafter energisch Front machen. Wo bleibt da der gesetzliche Schutz für die menschliche Arbeitskraft? Schon im Interesse der Unterbringung der Arbeitslosen muß gegen eine längere Beschäftigung als acht Stunden täglich entschieden vorgegangen werden. Wenn es noch Arbeiterinnen und Arbeiter gibt, denen es gleichgültig ist, ob ihre Arbeitskollegen Arbeit haben oder nicht, so darf diese egoistische Einstellung für das Gericht kein Grund sein, nun Vergehen gegen die Arbeitszeitverordnung milder zu sühnen. Gerade bei der Firma Fr. Dörrmann ist jede Rücksichtnahme unangebracht; denn sie pfeift nicht nur auf tarifliche Entscheidungen, sondern auch auf gerichtliche Urteile, wie in den letzten Jahren wiederholt festgestellt werden konnte.

Hoffentlich kommt die Arbeiterschaft bald zu einer anderen Einstellung und findet Mut zum gewerkschaftlichen Handeln, trotz des ungeheuren Terrors, der im Betriebe ausgeübt wird. Dann wird sich auch die Firma Fr. Dörrmann bequemen müssen, die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterschaft anzuerkennen.

Aus der Kautabakbranche

Mit der Firma Gebrüder Dieterle in Schwedt a. d. O. ist es zu einer Vereinbarung gekommen, die sich mit dem Abkommen deckt, das kürzlich für Nordhausen usw. getroffen wurde und im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 43 veröffentlicht worden ist.

Betriebe und Arbeiter in der Tabakindustrie

Es ist bekanntlich nicht jedermanns Sache, sich mit statistischen Zahlen zu beschäftigen. Trotzdem halten wir es für richtig, von Zeit zu Zeit das Ergebnis statistischer Erhebungen zu veröffentlichen, wenn wir glauben, dadurch unsere Leserinnen und Leser über die Entwicklung und die Struktur der Tabakindustrie aufklären zu können. Ein solcher Anlaß liegt jetzt wieder durch die Herausgabe der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1928 vor. Aus diesen Berichten ergibt sich nachstehende Zusammenstellung über die Zahl der Betriebe und Arbeiter in der Tabakindustrie:

	Betriebe		Arbeiter			insges.		
	über 18 Jahre	von 14-18 Jahren	weiblich		insges.			
			über 16 Jahre	von 14-16 Jahren				
Betriebe mit 5 bis 49 Arbeitnehmern	2318	9 402	746	3	28 260	2264	13	40 688
Betriebe mit 50 u. mehr Arbeitnehm.	1011	21 285	1405	21	98 946	5716	52	122 425
	3329	30 687	2151	24	122 206	7980	65	163 113

Von den Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern sind im Berichtsjahr 1928 mit 9122 Arbeitern hinzugekommen. Also auch hier zeigt sich die Entwicklung zum Großbetrieb. Gegen die kapitalistische Entwicklung ist eben kein Kraut gewachsen.

Einfuhr von Tabak und Tabakerzeugnissen

In der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1929 wurden in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeführt 27 595 100 Kilogramm unbearbeitete Tabakblätter im Werte von 67 316 000 Reichsmark, 4200 Kilogramm Zigarren im Werte von 80 000 Reichsmark und 14 700 Kilogramm Zigaretten im Werte von 333 000 Reichsmark. Zollfrei waren davon 70 700 Kilogramm Tabakblätter, 2400 Kilogramm Zigarren und 800 Kilogramm Zigaretten. Die eingeführten Tabakerzeugnisse kamen in der Hauptsache aus dem Saargebiet und zwar 2600 Kilogramm Zigarren und 13 800 Kilogramm Zigaretten, während bei den eingeführten Tabakblättern Niederländisch-Indien mit 9 057 400 Kilogramm, Griechenland mit 4 573 200 Kilogramm und die Türkei mit 3 028 200 Kilogramm an erster Stelle stehen.

Türkischer Faschismus

Einem Eigenbericht des „Vorwärts“ vom Ende Oktober aus Istanbul entnehmen wir über die Unterdrückung der Gewerkschaften in der Türkei folgende Einzelheiten:

Die türkischen Gewerkschaften sind aufgelöst. Eine Arbeiterhilfskasse, in die alle Handarbeiter Einzahlungen leisteten und die zur Unterstützung streikender Gruppen dienen sollte, wurde als letzte Arbeiterkasse im Sommer 1927 aufgelöst. Seitdem kommen nur hier und da die Arbeiter einzelner Industriezweige unter polizeilicher Beaufsichtigung zusammen, um Lohnfragen zu besprechen, ohne daß jedoch dabei irgendwelche politische Meinungen geäußert werden darf. Zwei Tabakarbeiterinnen, die in einer solchen Versammlung den gleichen Lohn zu fordern wagten, wie ihn die Männer erhalten, wurden wegen „aufreizender Reden“ wochenlang ins Gefängnis geworfen; denn die Profite des staatlichen Tabakmonopols waren in Gefahr. Nur dort, wo es sich um ausländische Konzessionsgesellschaften — Elektrizität, Straßenbahnen — oder um der Regierung mißliebige Unternehmungen handelt, hat man Streiks gestattet, sogar unterstützt! So berichtete im Sommer 1928 die amtliche Nachrichtenagentur regelmäßig über den Stand des damaligen Straßenbahnerstreiks. Sie wollte damit gleichzeitig den Eindruck erwecken, als ob es in der Türkei noch so etwas wie Koalitionsfreiheit und Streikrecht gäbe,

Konferenz- und Versammlungsberichte

Hamburg. Mitgliederversammlung am 24. Oktober. Der vorliegende vervielfältigte Kassenbericht wurde von dem Kassierer R ü n n e d e eingehend erläutert. Die Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse bilanziert mit 24 777,57 M., bei einem Kassenbestand von 420,07 M.; die der Lokalkasse mit 58 094,68 M., bei einem Bestand von 47 683,55 M. Gegenüber dem vorigen Quartal ist eine Steigerung des Markenumsatzes um 3266 zu verzeichnen, während 344 neue Mitglieder dem Verbandszugehörigkeit werden konnten. Zum Geschäftsbericht führte der Kollege C a r s t e d t aus, daß die gehegten Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaftslage in der Zigarrenherstellung sich nicht erfüllt hätten, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind längst eine ständige Erscheinung geworden. Auch hält die Abwanderung der Industrie ins innere Deutschland noch an. Gegenüber dem vorigen Quartal hat die Zigarillosfabrikation einen flotten Geschäftsgang. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Zigarettenindustrie muß als gut bezeichnet werden, wenn auch durch die Technisierung der Betriebe größere Entlassungen nicht zu vermeiden waren. Eine Reihe von Schutz- und Entlassungslagen mußten wiederum geführt werden. Fast alle endeten mit einem obliegenden Urteil. Alsdann sprach der Koll W e n z e l vom Verbandsvorstand über die Entwicklung der Tabakindustrie. Ausgehend von der Tatsache, daß der Tabak immer als begehrtes Steuerobjekt erhalten mußte, gab Redner eine interessante Schilderung über die steuerliche Belastung der Vor- und Nachkriegszeit. Brachte der Tabak im Jahre 1913 rund 186 Millionen Mark, so war die Summe im Jahre 1927 bereits auf 876 Millionen Mark gestiegen. Die Gesamteinnahme aus den Verbrauchssteuern hat sich von 1913 bis 1927 verdoppelt. Dagegen weist die Besteuerung aus dem Tabak unter Berücksichtigung des eingetretenen Mehrkonsums eine fünffache Steigerung auf. Die steuerliche Belastung betrug 1913 2,75 M pro Kopf, 1928 aber schon 13,81 M. Die Konzentration innerhalb der Zigarrenbranche ist weiter fortgeschritten als manche Kollegen ahnen. Auch hier vollzieht sich, wenn auch nicht so schnell als in der Zigarettenbranche, die Wandlung zum Großbetrieb. In der Zigarettenbranche ist die Konzentration nahezu beendet, so daß man faktisch von einem Privatmonopol sprechen kann. Die Konzerns Reemtsma und Neuerburg bewältigen über 80 Prozent der Gesamtproduktion. An dem Verbrauch der Gesamttabakmenge ist die Zigarette nur mit 30 Prozent beteiligt; sie bringt aber 70 Prozent der Gesamterträge aus den Tabaksteuereinnahmen auf. Die restlichen 30 Prozent entfallen auf Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Auch in der Rauch- und Kautabakbranche macht die Konzentration immer größere Fortschritte. Infolge der Rationalisierung ist die Leistung des einzelnen Arbeiters bedeutend gestiegen. Die Entwicklung der Gesamtindustrie erfordert von uns gespannteste Aufmerksamkeit. Stärkung der Organisation nach innen und außen muß die Parole für die Zukunft sein. In diesem Sinne muß uns die Werbewoche ein großes Stück vorwärts bringen.

Leipzig. Am 19. Oktober fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung mit Jubilärfest statt. Kollege K e s c h t e eröffnete die Versammlung und übte eine scharfe Kritik an der Laune der Mitglieder, welche einmal die Versammlungen nicht besuchen, und zum anderen auch ihren Beitragspflichten sehr schlecht nachkommen, wie bei der am selbigen Vormittag vorgenommenen Bücherkontrolle festgestellt wurde. Er ermahnte alle Anwesenden, mit dazu beizutragen, daß eine Besserung erfolge. Weiter machte er auf die Werbewoche aufmerksam und gab bekannt, daß rund 50 Adressen von Unorganisierten zusammengestellt und zu Agitationstouren gegliedert worden sind. Redner forderte die Mitarbeit aller an den Hausagitationen, um auch die Unorganisierten dem Verband als Mitglieder zuzuführen. Hierauf erfolgte die Ehrung der Jubilare Otto Beier, Otto Bernide, Arno Köniher, Karl Lampe, Heinrich Kießling, Richard Klemm und Hermann Morgenstern, welche auf eine 25- bzw. 28jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten. Von der Verwaltung waren außerdem die in den Vorjahren gefeierten Jubilare Friedrich Geiger, Sebastian Merklein, August Schlemel, Ludwig Oppermann, Emil Störzel, Oskar Buschmann und die Kolleginnen Elisabeth Jungmans und Julie Pienka eingeladen, welche auch ziemlich alle erschienen waren. Die Festansprache hielt Kollege C l e m e n t. Nachdem er alle Anwesenden und besonders die Jubilare begrüßt hatte, gab er einen interessanten geschichtlichen Rückblick über das Entstehen und die weitere Entwicklung des Verbandes bis zur heutigen Zeit. Er schilderte, daß gerade Leipzig, wo der Kollege Frischke immer und immer wieder seine ganze Kraft für den Tabakarbeiterverband eingesetzt habe, als historischer Ort für die Geschichte des Verbandes Bedeutung hat. Gleichzeitig übte er sehr scharfe Kritik an dem säumigen Verhalten der Leipziger Mitglieder und sprach die Erwartung aus, daß Leipzig in Zukunft seine Vorkämpfer am besten dadurch ehren möchte, daß alle Mitglieder ihr Bestes ausbieten, um die Organisation im Sinne der Alten vorwärts zu treiben. Dazu sei natürlich auch notwendig, daß alle organisatorischen Pflichten restlos erfüllt würden. Redner schloß dann die Schwierigkeiten, die sich während des Sozialistengesetzes für die damaligen Förderer des Verbandes ergaben und zeigte auf, daß trotz alledem der Deutsche Tabakarbeiter-Verband vorwärtsgekommen sei, wozu auch die anwesenden Jubilare ihr Teil mit beigetragen haben. Im Namen des Verbandsvorstandes sowie der Gauleitung sprach er den Jubilaren die herzlichsten Glückwünsche aus und empfahl ihnen, auch weiterhin treu zur Fahne der Organisation zu stehen. Alle anderen ermahnte er, sich die Jubilare zum Vorbild zu nehmen. Redner endete mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband und die Jubilare, denen er je ein Diplom für ihre Treue zum Verband überreichte. Hierauf übermittelte Kollege K e s c h t e den Jubilaren die besten Glückwünsche und ein kleines Geschenk der Zahlstelle Leipzig für

Kollege **Wernicke** sprach im Namen aller Jubilare seinen Dank für ihre Treue und Tätigkeit im Interesse der Organisation. Die Jubilare der Vorjahre wurden gleichzeitig mit einem kleinen Geschenk bedacht. Die dargebrachte Ehrung aus und gelobte in feurigen Worten, daß alle auch weiterhin mitarbeiten wollen, um die Saumlosigkeit innerhalb der Mitgliedschaft zu beseitigen und die Zahlstelle im Sinne des Zweckes und Zieles des Verbandes vorwärtszutreiben. Er schloß mit einem nochmaligen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Nachdem zu Ehren der Jubilare die Kapelle eine kleine Musikpiece vorgetragen hatte, forderte der Vorsitzende alle Anwesenden auf, noch einige Stunden in geselligem Beisammensein bei einem Tänzchen zu verweilen, jedoch zukünftig im Sinne der gemachten Ausführungen für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu wirken. Diese Feier soll und muß eine Mahnung für alle Mitglieder sein, sich mehr dem Verband zu widmen.

Unserm lieben Verbandskollegen u. Sangesbruder
Heinrich Lier
 aus Hann.-Münden zu seinem am 5. November stattgefundenen 70. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch.
Liedertafel Freundschaftsbund v. 1892
 Hamb. rg
 „Ob hei sick woll wat marken lett.“

Unserer Kollegin
Margareta Peter
 zu ihrer am 27. Oktober stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Dörrsteinbach.

Lichtbild-Vorführer gesucht

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hat beschlossen, zum 1. Januar 1930 einen Kollegen anzustellen, dessen Hauptaufgabe es sein soll, in den Zahlstellen Lichtbilder vorzuführen und zu erläutern.

Bewerber müssen Fach- und Branchenkenntnisse besitzen, rednerisch befähigt sein und mit den in Betracht kommenden elektrischen und photographischen Apparaten umzugehen wissen.

Verbandsmitglieder, die sich für diesen Posten eignen, werden gebeten, ihre Bewerbung bis zum 1. Dezember d. J. an den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Ferdinand Husung, Bremen, An der Weide 20 I zu richten. Für das Gehalt sind die Beschlüsse des Münchener Verbandstages maßgebend.

Bekanntmachungen

Am 9. November ist der 45. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

24. Oktober, Eisenach 334.—, Alt-
 morschen 77.95, Gertenbach 107.35,
 Plaue 27.35

25. Züllichau 102.30, Hagen 60.—,
 Dresden 200.—.

26. Wansjen 200.—, Barntrup 46.45,
 Al.-Krohenburg 500.—, Freiberg 600.—,
 Mühlhausen 400.—, Jastrow 200.—,
 Pözig 150.—, Osnabrück 500.—, Heide
 67.—, Hagnau 32 10.

28. Medesheim 134.32, Lorsch 250.—,
 Hamburg 700.—, Kellinghusen 69.50,
 Duisburg 100.—, Bauzen 100.—, El-
 bing 2500.—.

29. Ergleben 44.—, Löwenfen 40.—,
 Seiffhennersdorf 250.—, Neumarkt
 100.—.

30. Derlinghausen 150.—, Burg-
 damm 300.—, Grevesmühlen 60.—,
 Bredstedt 113.20, Reichensachsen 180.—,
 Dresden 3000.—.

31. Berlin 600.—, Gera 200.—, Re-
 gensburg 150.40, Heidenheim 115.—,
 Heidelberg 200.—.

1. Nov. Dresden 1000.—, Enger
 400.67, Schöneck 600.—.

2. Heidelberg 800.—, Breslau 900.—.

Bremen, den 5. Nov. 1929.

J. Krohn.

Rippen

kauft laufend oder tauscht gegen
 Zigarren-Tabake

Ohmer

Altona, Lerchenstraße 70
 Tel. D 3 2834

ZIEHUNG 18. und 19. Dezember

**Arbeiter-
 Wohlfahrt**
Wohlfahrt-Lose
50 M.

Doppellose 1.— RM.
 Porto und Liste 30 Pfg. extra

146474 Gewinne u. 2 Prämien
 im Gesamtwerte von RM.

500 000

Höchstgewinn auf ein Doppel-
 los im Werte von RM.

70 000

Höchstgewinn auf ein Einzel-
 los im Werte von RM.

35 000

2 Hauptgewinne im Werte
 von je RM.

25 000

2 Hauptgewinne im Werte
 von je RM.

15 000

U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe

mit 10 Losen 5 RM.

mit 20 Losen 10 RM.

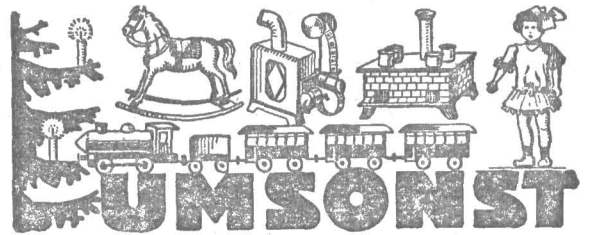
Sämtliche Gewinne werden auf
 Wunsch mit 90 Prozent ausgezahlt.

Lose zu haben bei allen
 Bezirks- und Ortschaftsausschüssen
 für Arbeiterwohlfahrt, den Ge-
 werkschaftsbüros, Büros der
 SPD., den Filialen der Singer-
 Nähmaschinen A.-G. und in
 allen durch Plakate kenntlich
 gemachten Geschäften.

DIE
**NEUE
 KAPPEL**



Maschinenfabrik Kappel
 Chemnitz 16



und portofrei versende an jedermann (nicht an Kinder) meinen großen
Haupt-Katalog über Christbaumschmuck, Kinder-Spielwaren sowie
 tausende andere Artikel. **Schreiben Sie sofort** eine Postkarte an

Emil Jansen Versandhaus „Volkslust“
 Solingen-Wald Nr. 57

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, ge-
 schlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M,
 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M,
 weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M,
 Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Um-
 tausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gemeindewahlen und Gewerkschafter

In einer Reihe von Ländern, so in Preußen, Sachsen, Bayern usw. finden am 17. November Gemeindewahlen statt.

Wieder hat also das Volk, haben die Bürger der Dörfer und Städte das Recht der Selbstbestimmung auszuüben. In ihrer Hand liegt es nun, wie der Gang der Dinge in den Gemeinden für die nächsten Jahre laufen soll. Die wahlberechtigten Einwohner der Kommunen stehen somit vor einer lebenswichtigen Entscheidung. Und da die Entscheidung, die der Bürger mit dem Einwurf seines Wahlzettels trifft, nicht mehr zurückzunehmen ist, so muß die Entscheidung wohl überlegt und darf nicht leichtfertigen Sinnes vorgenommen werden. Diese Pflicht besteht für alle Wählerinnen und Wähler, für alle Mitglieder in den Gemeinden, die der Arbeiterklasse angehören, und diese Pflicht besteht nicht zuletzt auch für den Gewerkschafter.

Jede Wahl ist von Bedeutung. Wie die Reichstagswahlen über die Politik, die im Reich, und wie die Landtagswahlen über die Politik, die im Lande getrieben werden soll, entscheiden, so entscheiden die Gemeindewahlen über die Politik, die in der Gemeinde bzw. in den Gemeinden getätigt werden soll. Ja, man möchte fast sagen, es stimmt, jede Wahl ist von Bedeutung, aber die Gemeindewahlen sind doch die wichtigsten aller Wahlen.

Warum? Weil man dem Leben in der Gemeinde viel näher steht als wie dem Leben im gesamten Reich, und weil man auch von den Beschlüssen und der Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften der Gemeinde zum Teil unmittelbar betroffen wird als von den Anordnungen des Staates.

Wie es der Arbeiterschaft nicht gleichgültig ist, wer im Reich regiert, so darf es ihr auch nicht gleichgültig sein, wer die Gemeinde regiert.

Die Mehrheit der im deutschen Staat lebenden Menschen sind Arbeitsbürger. Und in der Regel setzt sich auch die Mehrheit der Gemeindebürger aus der arbeitenden Bevölkerung zusammen. Soll also eine Gemeinde richtig regiert werden, so müssen die Interessen der Mehrheit, demnach der der arbeitenden Menschen, besonders berücksichtigt werden. Und wie steht es heute damit? Leider werden in der Mehrzahl der Gemeinden die Interessen der merktätigen Bevölkerung mit Füßen getreten. Und zwar ist das immer in solchen Gemeinden festzustellen, in denen das Bürgertum im Stadt- oder Gemeindeparlament die Mehrheit und damit die Herrschaft ausübt. Vom Steuerwesen bis zum Reinigungswesen sind die Arbeiter die Benachteiligten.

Nun ist Gelegenheit, an diesem Zustand eine große Korrektur vorzunehmen. Und sie ist notwendig. Auch der Gewerkschafter muß seine Kräfte mit einsetzen, daß es anders wird. Uebri- gers wäre eine generelle Aenderung ohne weiteres möglich. Nur müßten die arbeitenden Massen ihre Stimme restlos der Sozialdemokratie geben. Alle Arbeitsstimmen der Sozialdemokratie, und die Arbeiterschaft besitzt die Mehrheit und damit die Herrschaft in jedem Gemeindeparlament. Mit einem Schlag könnte das Bürgertum geschlagen werden, denn es lebt ja nur und kann nur regieren auf Grund der Stimmen, die es aus dem proletarischen Lager, von den Proletariern, die sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt geworden sind, erhält. Niemals könnte das Bürgertum, in allen seinen Schattierungen, aus den eigenen Kreisen sozial Stimmen aufbringen, um die Mehrheit in den Gemeindeparlamenten zu erreichen. Und für den Gewerkschafter gibt es nur eins: er wählt nicht bürgerlich, er wählt nicht kommunistisch, er wählt sozialdemokratisch. Und zwar darum, weil damit zugleich auch der Gewerkschaftsbewegung gebient wird.

Die Gemeinden unter proletarisch-sozialistischer Verwaltung, dies wäre ein Gewinn, u. a. auch für die Sozialpolitik. Nicht nur was ihre Erhaltung, sondern auch ihren Ausbau anbetrifft. Heute ist nämlich Sozialpolitik durch die Gemeinden nötiger denn je.

Die Gemeinden von der Arbeiterschaft beherrscht und verwaltet würde bedeuten, daß die soziale Lage der Arbeiterschaft über den gegenwärtigen Zustand hinaus weit verbessert werden könnte. Das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft hängt nämlich nicht allein von der Reichspolitik und von der Gewerkschaftspolitik ab, sondern hängt zum wesentlichen Teil auch ab von der Gemeindepolitik, bzw. von der Sozialpolitik, die die Gemeinde treibt.

Und weil auch der Aufgabenkreis der Gemeinde auf dem Gebiete der Sozialpolitik riesig groß ist, so ist es nicht gleichgültig, durch wem die Gemeinde regiert wird. Ein reaktionäres, ein bürgerliches Gemeindeparlament wird von dem sozialen Aufgabenkreis der Gemeinde nur das allernotwendigste in Angriff nehmen, denn wollte es Sozialpolitik treiben, so müßte es die Besitzenden belasten. Ein bürgerliches Parlament wird also die Pflicht zur Sozialpolitik vernachlässigen. Eine proletarisch, eine sozialistisch verwaltete Gemeinde wird dagegen ihr Hauptaugenmerk auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben der

Das Kind vor der Ehe

Erzählung von Anna Mosegaard

„Alles in der Welt, nur keine Kinder!“ pflegte Frau Petra Hansen so sagen, wenn sie mit den Nachbarinnen plaudernd im Hausflur stand.

„Da mögen Sie wohl recht haben,“ stimmten die jungen Mütter ihr zu. „Was haben wir denn von unseren jungen Jahren? Nichts als schlaflose Nächte und Kinderquakerie. Raum, daß man aus dem Hause kommt.“

„Na, vergessen Sie nicht, Frau Rielsen, daß wir doch auch viele schöne Stunden mit unseren Kindern haben. Man sollte nur nicht eins aufs andere kriegen, dann ließe ich mir die Sache schon gefallen.“

„Eins aufs andere! — Da sind Sie doch selbst schuld daran,“ lachte Frau Petra und trippelte auf ihren eleganten Stelzschuhen davon, um Schagi, das war ihr Mann, vom Geschäft abzuholen.

Ach ja, Frau Petra Hansen hatte es gut. Ihr Mann war in einer sicheren Stellung, sie hatten ihr gutes Auskommen. Hansens gingen viel aus, sie saßen des Sonntags gern auswärts, des Abends saßen sie auch nicht gern zu Hause, da war ja stets irgendwo Konzert, oder man ging ins Theater, oder ins Kino. Frau Petra trug stets die elegantesten Kleider, immer nach der neuesten Mode. Frau Petra war immer guter Laune, stets hörte man sie die neuesten Schlager trillern. Dann kamen aber auch hin und wieder Stunden, die für sie nicht so ganz nach ihrem Geschmack waren. Das war an den Tagen, an denen ihr Mann, der für die Firma, bei der er angestellt war, auf Reisen ging. Dann saß Frau Petra so allein zu Hause, das wollte ihr

absolut nicht gefallen. Dann verschlang sie wohl einen kitschigen Roman nach dem andern, stückte bald ein Sofaissen, bald ein paar Pantoffeln für Schagi. Trotzdem erschien ihr die Zeit endlos lang. Dann geschah es oft, namentlich in der Dämmerstunde, die sie gern auf dem Divan ruhend verbrachte, daß ihre Gedanken auf Irrwege gingen, wie sie dies Hindämmern selbst nannte. Dann war sie gar nicht mehr die vielbenedete, lebenslustige Frau Petra, ach nein, da war sie die unbefriedigte, einsame Frau, die sich nach ihrem Kinde sehnt. Nach ihrem Kinde?

O still, um Gottes Willen, damit nur kein Mensch etwas davon erfährt. Denken durfte sie ja daran, nur nicht sprechen davon. Nein, zu niemanden darf sie reden, nicht mal zu ihrem Mann, weil Schagi stets böse wird, wenn sie auch nur die leiseste Andeutung davon macht. Diese dummen, dummen Gedanken, immer sind sie wieder da. Nur eine einsame Stunde und alle ihre festen Grundzüge, nicht mehr daran denken zu wollen, sind über den Haufen geworfen.

Die vielbenedete, kinderlose Frau Petra ist nämlich gar nicht kinderlos. Sie hat ein Kind, ein liebes, kleines Mädel, nur muß sie es verleugern, darf sich niemals zu ihm bekennen. So wollen es die Eltern, so will es ihr Mann, und sie hat eingewilligt damals in der schweren Stunde, wo alles auf sie einstürmte. Da galt es zu leugnen, zu heucheln, damit nur die Leute nichts merkten. Sie hatten ja damals noch nicht heiraten können, Schagi war kaum 20 und sie 18 gewesen. Ach, damals war es ihr so leicht erschienen, sich des kleinen Wesens, das ihr nichts als Leid und Qual gebracht hatte, zu entledigen. Es war ja in gute Pflege gekommen. Die Eltern waren so froh gewesen, daß niemand etwas gemerkt hatte, hatten die Pflegemutter reichlich abgefunden. Und Petra — sie war eigentlich sehr froh ge-

Gemeinde richten. Sie wird die Sozialpolitik nicht als ein notwendiges Uebel betrachten, sondern ihre kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung für die Gemeinde wohl zu schätzen wissen.

Eine Gemeinde, die nicht Sozialpolitik treibt, oder eine nicht auszeichnende Sozialpolitik — die bürgerlichen Gemeinden müssen mit diesem Vorwurf behaftet werden —, verschärft die Klassengegensätze, läßt Tausende der Verelendung anheimfallen, züchtet das Verbrechen, gefährdet die Volksgesundheit, und bedroht so auch ständig das wirtschaftliche Leben innerhalb der Kommune. Aber eine Gemeinde, die eine gute und eine reichliche Sozialpolitik entfaltet, wirkt zum Nutzen aller, fördert das Gesamtwohl, denn es entwickelt die Gemeinden zu einem blühenden Gemeinwesen.

Wieso? Wir deuten nur an!

Die Gemeinde, die in eigener Regie billige Wohnungen herstellt, schafft nicht nur frohe und gesunde Wohnstätten, in der keine Krankheitskeime mehr nisten können, sondern hebt gleichzeitig das Kultur- und Lebensniveau seiner Bürger. Billige Wohnungen geben doch die Möglichkeit, daß der Lohnanteil, der sonst für hohe Mieten hinzugeben ist, für andere Aufwendungen, z. B. für bessere Ernährung und dergleichen ausgeben werden kann.

Wie wertvoll können die Notstandsarbeiten der Gemeinde sein. Durch sie erstehen nicht nur volkswirtschaftliche Werte. Sie entlasten auch die Arbeitslosenversicherung und geben dem Arbeitslosen eine ergiebigere Hilfe als wie sie die Arbeitslosenversicherung zu gewähren vermag.

Modern eingerichtete Schulhäuser mit guten Lehrkräften geben die Gewähr für einen tüchtigen und gebildeten Nachwuchs. Das Fortkommen dieser Menschen wird dadurch sehr erleichtert.

Und welchen Segen kann erst ein gut ausgebautes und billiges städtisches Verkehrsnetz stiften. Billiges Fahrgeld bedeutet ein Plus im Haushalt des Arbeiters. Und gute und schnelle Verkehrsverhältnisse bedeuten ihrerseits, daß der Arbeitnehmer in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Arbeits- und Wohnstätte gelangen kann. Was heißt das? Das heißt nicht weniger und nicht mehr, als daß dadurch dem Arbeiter eine größere Freizeit zur Verfügung steht.

Gute und unentgeltliche Beratung in den gesundheitlichen Fürsorgestellen, verbunden mit Heilbehandlung und dergleichen, bewahren den Menschen vor Siechtum und geben ihm so die Möglichkeit, im Daseinskampf auszuhalten.

So könnte man Beispiel an Beispiel reihen. Ja, segensreich wirkt sich die Sozialpolitik für die Gemeinde im allgemeinen und im besonderen für die Gemeindeglieder aus, die der Maßnahmen der gemeindlichen Sozialpolitik bedürfen.

Wer also für die Erweiterung der staatlichen und gewerkschaftlichen Sozialpolitik durch die gemeindliche Sozialpolitik

ist, und jeder Gewerkschafter muß ja daran interessiert sein, daß die Sozialpolitik eine Erweiterung erfährt, der kann bei den Gemeindevahlen nur die Liste der Sozialdemokratie wählen. Nur die Sozialdemokratie ist die Partei, die für eine schöpferische gemeindliche Sozialpolitik aus voller Überzeugung eintritt.

Lorenz Popp

Spaltung der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben!

Rund fünf Jahre sind ins Leben gegangen, seit auf Befehl der Moskauer Gewerkschafts-Internationale die kommunistischen Sektionen aller Länder die Einheitsparole perfecten mußten. Damals ging dieser Befehl soweit, daß den deutschen Parteigängern aufgegeben wurde, die in falsch verstandener Gefolgschaft aufgezogenen oppositionellen Splitterverbände zu liquidieren. Mit dieser Zumutung erlebten die Moskauer in Deutschland ihre erste große Enttäuschung, da die ehemaligen Wortführer der RPD, die Wenher, Schumacher und Kaiser gar nicht daran dachten, ihre so mühselig aufgebaute Existenz einem solchen Parteibefehl zu opfern. Die zweite große Enttäuschung brachte das Scheitern des anglo-russischen Einheitskomitees und der fragwürdige Erfolg der Bemühungen, ein solches Einheitskomitee mit der schwedischen Landeszentrale und den Norwegern zustande zu bringen. Jeder Erfolg blieb auch den Bemühungen versagt, durch deutsche Arbeiter-Delegationen der Einheitsfront-Parole einen solideren Boden zu geben, weil alle Delegationen das Pech hatten, objektiv urteilende Teilnehmer in ihrer Mitte zu haben, deren Angaben die sorgfältig redigierten Berichte dieser Delegationen und damit den erstrebten Zweck um jeden Kredit brachten. Verständlich ist es deshalb, wenn der Moskauer Generalstab versuchte, sich selbst einmal Rechenschaft über den mit dieser Parole erzielten Erfolg zu geben.

Das ist sehr ausgiebig geschehen auf den im Frühjahr 1928 in Moskau abgehaltenen Kongressen der Kommunistischen Internationale und der Moskauer Gewerkschafts-Internationale. „Selbstkritik“ hieß das dort erfundene neue Schlagwort, hinter dem sich nichts anderes verbarg als das Zugeständnis, mit der bisher verfolgten Einheitsfront-Parole, besonders gegenüber der gut organisierten deutschen Gewerkschaftsbewegung, vollkommenen Schiffbruch erlitten zu haben. Wie üblich, traf aber die „Selbstkritik“ nicht die weit vom Schuß sitzenden Moskauer Oberbonzen, sondern die nachgeordneten Ausführungsorgane in den anderen Ländern, die nun auf einmal auch diese Parole wieder falsch angewendet haben sollten. Hinter der „Selbstkritik“ versteckte sich aber zugleich der schon längst überfällige Frontwechsel und die Abhalfterung einer nicht ganz willfährigen Führergarnitur.

Nichts zeigte die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Moskauer und der ihren Weisungen blindlings folgenden RPD. so deutlich,

wesen, daß sie die Last los war. Nur hatte es sie ein klein wenig gekränkt, daß Schazi nicht ein einziges Mal danach verlangt hatte, sein Kind zu sehen. Er kümmerte sich nicht um kleine Kinder — „er wollte seine Petra und nichts anderes,“ hatte er sich entschuldigt.

Petra hatte sich still gefügt, war ihrem Schazi wieder ganz liebende Braut und später eine gehorsame, brave Frau geworden. Und sie hatte es ja auch gut gekriegt. So gut, daß man sie allgemein beneidete um ihr Glück. Nach einer Fehlgeburt in der Ehe war sie kinderlos geblieben. Nach Aussage der Ärzte würde sie nie mehr ein Kind empfangen, geschweige denn austragen können. Nun, hierüber hatte sie sich auch weiter keine Gedanken gemacht, wenn nur die Sehnsucht nach ihrem Mädchen nicht gar so sehr an ihr gerupft und gegerert hätte. Ja, wenn sie sich doch nur ein einziges Mal mit jemanden darüber aussprechen könnte. Vor Jahren hatte es sie einst so gepackt, daß sie, als ihr Mann eine längere Zeit auf Reisen war, einfach auf und davon ging. Sie wollte ihr Kind sehen, mochte es ihr gehen, wie es wollte. Mitten in der Nacht war sie in dem kleinen Harzdörfchen angekommen, kaum konnte sie den Morgen erwarten, um sich nach der Wohnung der Witwe Wille, die ihr Kind als eigen angenommen hatte, durchfragen zu können. An einem Maienmorgen war's gewesen. So genau noch, als sei es gestern gewesen, sah sie den Bauernhof vor sich im Sonnenschein liegen. Ein weißes Zicklein hopfte über den Weg, ein draßles Dirnlein tollte hinterdrein. Verwundert blieb das Kind stehen, als es die feine Dame gewahrte. Petra blickte in ein paar große, dunkle Augen, sie sah den eigensinnigen Mund, die kecke Stupsnase und mußte sofort, dort steht dein Kind, es gleicht im Außern ganz dem Vater. Trotzig warf das Mädlein die braunen

Zöpfe in den Nacken und rannte davon, dem Zicklein nach. Petra wollte rufen, schreien, das Kind in ihre Arme schließen. Da fiel ihr ein, daß sie ja nicht einmal wußte, wie ihr Kind hieß. Man hatte es ihr ja genommen, als es kaum acht Tage alt gewesen war, und damals hatte niemand daran gedacht, sie zu fragen, welchen Namen man dem Kinde geben solle. Damals galt es einzig das Kind so schnell wie möglich los zu werden, damit nur ja nichts davon unter die Leute kam. All dies fiel Petra jetzt wieder ein. Noch heute fühlte sie die Schamröte in ihrem Gesicht brennen, als sie das Kind, ihr eigenes Kind, nach seinem Namen gefragt hatte. Das Kind hatte sie so feindselig angesehen und ihr die Zunge herausgestreckt, trotzig hatte es geschwiegen. Zum Glück war Frau Wille herausgetreten, und Petra hatte sich zu erkennen gegeben. „Seh, Dora, gib der Tante die Hand,“ hatte Frau Wille zu dem Kind gesagt. „Ne, ich mag nicht,“ hatte es geschmollt, und war davongerannt. Frau Wille hatte dann noch ein endloses Klagelied angestimmt darüber, wie trotzig und verschlagen das Mädlein sei. Hätte sie damals gerufen, was für ein Aerger ihr der Balg machen würde, hätte sie sich das Geld lieber verdient. Mit einer Schwäche in den Beinen war Petra gegangen, schnurstracks zur Bahn und war sofort nach Hause gefahren. Schluchzend hatte sie ihrem Mann von ihrer Reise und der Begegnung mit ihrem Kinde erzählt. Er hatte sie tüchtig ausgescholten, und sie hatte es ihm versprechen müssen, nie wieder so etwas zu tun. Petra hatte sich still gefügt, trotzdem sie tief innerlich gewünscht hätte, ihr Mann hätte gesagt: Ich will dir was sagen, Petra, wir nehmen das Kind zu uns, und damit basta.

Nein, ach nein, so hatte Schazi nicht gesprochen, davon hatte er absolut nichts wissen wollen. All seine Angst galt den Leuten

wie der im vorigen Jahre vollzogene Frontwechsel. „Einheitsfront“ hieß es zwar noch immer, schon damit die Massen der weniger kritischen Parteigänger vor der wirklich verfolgten Absicht nicht erschrecken sollten. Tatsächlich wurde aber den kommunistischen Parteigängern unter Hinweis auf die bisherige falsche Anwendung der Einheitsfront die Spaltung der Gewerkschaften zur Parteipflicht gemacht. Als falsch wurde die Auffassung bezeichnet, im friedlichen Meinungskampf die Eröberung des Gewerkschaftsapparates erreichen zu wollen, weil es nur darauf ankomme, „die reformistischen Führer auszurauchern, sie zu verjagen und die Massen für sich zu gewinnen“. Dazu bieten die Gewerkschaftsversammlungen und die Agitation in den Betrieben infolge der Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften nicht mehr die erforderliche Gelegenheit, und „geredet haben wir genug, gehandelt muß werden“, verkündete das Moskauer Oberhaupt Losowski. Dieses Handeln sollte besonders bei den großen Arbeitskämpfen der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum einsehen. „Den Gewerkschaften ist die Leitung dieser Kämpfe durch die zu betreibende Wahl besonderer Kampfleitungen zu entreißen, wobei sich die Opposition besonders auf die Unorganisierten zu stützen hat.“ Nach den Moskauer Anweisungen sind die Unorganisierten bei den Kämpfen nicht bloß häufig revolutionärer als die Organisierten, sie bilden bei den großen Arbeitskämpfen gegenüber den Organisationsführern auch meist noch die Mehrheit. Den Kampfleitungen geridarum die Aufgabe gestellt, den Einfluß des reformistischen Gewerkschaftsapparates zu verdrängen und in diesem Sinne erbitterten Kampf zu führen. Nur ein Vorrecht wurde den Gewerkschaften gelassen; sie haben zur Unterstützung der Unorganisierten einen Teil des Gewerkschaftsvermögens den Kampfleitungen zur Verfügung zu stellen.

Auf der gleichen Linie bewegen sich auch die Anweisungen der Kommunistischen Gewerkschafts-Internationale für die Betriebsrätewahlen. Die Opposition hat sich dafür einzusetzen, daß nicht nur freigewerkschaftliche Organisierte, sondern auch Hirsch-Dunckersche, Christen und Unorganisierte in die Liste aufgenommen werden, wenn sie sich zum Kampfprogramm der Opposition bekennen.

Verheerend hat der neue Parteibefehl zunächst bei den aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Funktionären der KPD gewirkt. Diese haben sofort erkannt, daß damit die Spaltung der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben wird. Da ihnen aber auch bekannt ist, daß die deutschen Gewerkschaftsmitglieder gegen einen solchen Frevel mit Entschiedenheit Front machen werden, daß also damit der kommunistischen Agitation die beste Stütze und der beste Betätigungsboden entzogen wird, so blieb ihnen nach der Mißachtung ihrer Warnungen und Erfahrungen durch die oberen Befehlshaber nur die offene Opposition gegen die offiziellen Weisungen der Partei übrig. Hemmungslos platzten die Meinungen in den Fraktionskämpfen der KPD. aufeinander und in der gegenseitigen Wut

der Meinungskämpfe erlebten wir, daß die Führer von gestern die ganze, bisher von der KPD. betriebene Politik in Grund und Boden verdammt. Von ihnen stammt die zutreffende Kennzeichnung, daß sich die KPD. mit dieser Taktik zur Partei der Unorganisierten degradiert. Aber auch Eingeständnisse verdanken wir diesen Auseinandersetzungen, die im anderen Falle sorgfältig vor einer breiteren Öffentlichkeit gehütet worden wären. Dazu gehört insbesondere der von dem ausgeschlossenen Galm im Volksrecht veröffentlichte Ausspruch Losowskis in einer Sitzung der Profintern in den ersten Dezembertagen in Moskau:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Nach außen werden natürlich die Abwehrmaßnahmen der Verbände gegen solche frivolen Absichten als die von den Reformisten betriebene Spaltung hingestellt. Nur, wenn die Moskauer unter sich selbst streiten, fällt die mit so diabolischer Geschicklichkeit herausgesteckte Maske. Schon um dessentwillen verdient dieses Eingeständnis Losowskis aber immer wieder festgehalten und einer schnellebigen Vergesslichkeit entrissen zu werden.

In den seit dem letzten Frontwechsel verstrichenen anderthalb Jahren hat die KPD. sich nun redlich bemüht, mit revolutionären Kampfleitungen, Wahlkomitees und Aktionsausschüssen in ihrer Art Einheitsfront zu machen. Bei den gewerkschaftlichen Kämpfen blieben aber die revolutionären Kampfleitungen unbeachtet. Die von der KPD. veranlaßten milden Streiks sind trotz revolutionärer Kampfleitungen sämtlich trostlos zusammengebrochen. Nur bei den Betriebsrätewahlen gelang es der Opposition, in verschiedenen Betrieben Sonderlisten aufzustellen und dadurch ein geschlossenes Handeln der Arbeiterschaft zu hindern. Ein so mageres Ergebnis kann auch die bescheidenste „Selbstkritik“ nicht befriedigen, besonders wenn sich die Gewerkschaften so entschlossen von den kommunistischen Ausführungsorganen befreien und die vordem so gehegten Kampfleitungen nach ihren erfolglosen Aktionen planlos auseinanderfallen. Dieses Auseinanderfallen ist die Krücke, an der bei entschlossenem Widerstand der Gewerkschaften die bisherige Parolenschusterei und Zellenbauerei scheitert. Soll es verbütet werden, so muß sich die KPD. eine Auffangeeinrichtung schaffen und damit offen den der Arbeiterschaft gegenüber so lange bestrittenen Weg gehen, sie muß eigene Gegengewerkschaften ins Leben rufen. Dieses Stadium kommunistischer Geschäftigkeit ist heute erreicht.

Für sturmreif wurde zunächst die Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes besunden. Die Amtsenthebung und der nachfolgende Ausschluß des Sowjetangestellten Niederkirchner aus dem Metallarbeiter-Verband wurde zum Anlaß genommen, die Branche der Rohrleger zu einer Beitragsperre

und seinem Chef, nein, es ging einfach nicht an, daß man sich dem Berede der Leute aussetzte.

„Unser Kind hat es nicht gut,“ hatte sie aufgeschluchzt aus tiefster Seelennot. Da hatte Schazi ein paar Hundertmarkscheine auf den Tisch gelegt. „Da schick der Alten das, das ist das beste Mittel, und nun will ich nichts mehr hören von der Geschichte, verstanden?“

Und Petra hatte geschwiegen bis auf den heutigen Tag, und sie würde es auch nie mehr wagen, zu ihrem Manne je wieder von dem Kinde zu sprechen, so schwer es ihr auch wurde.

Die Uhr schlug sieben.

Petra machte Licht. Es war doch nicht gut, so lange Dämmerstunde zu halten. Selangweilt griff sie nach einem Modeblatt. Ein paar Konfirmantinnen präsentierten sich ihr in duftigen weißen Kleidern. Da packte sie es von neuem. Konfirmantinnen! Wie alt mochte ihr Kind wohl jetzt sein? Damals, als es geboren wurde, da war sie achtzehn gewesen, jetzt zählte sie zweiunddreißig. Within mußte es jetzt vierzehn Jahre alt sein. Vierzehn Jahre! Ihr Mädchel schon vierzehn Jahre!-Sie hatte schon eine so große Tochter. Das würde ihr niemand glauben. Hielt man sie doch oft für eine Fünfundzwanzigerin.

Frau Petra atmete tief und schwer.

Was würde nun aus ihrem Mädchel werden? Eine Ruhmagd vielleicht. Das gab ihr einen schmerzhaften Stich. Wenn das Kind sich nun gar nicht für's Land eignete. Wenn es sich nicht zurecht fand in dem weltabgeschiedenen Harzdörfchen? Sie selbst hätte sich nie für's Dorf geeignet. Die Eltern und Großeltern waren alle Stadtleute gewesen. Sie hatte doch da einmal einen Roman gelesen, wo solch ein armes, ausgelegtes Kind, das dem Liebesbund eines Geigers und einer Tänzerin ent-

sprossen war, aufs Land kam und, trotzdem es bei reichen Bauern war, sich doch nie dort heimisch fühlen konnte, so daß es elend zugrunde ging.

Frau Petra ging unruhig auf dem weichen Teppich auf und ab. O nur nicht mehr denken! Wenn Schazi doch erst wieder bei ihr wäre. Nein, heute konnte Petra das Alleinsein nicht länger ertragen. Kurz entschlossen zog sie sich um und ging ins Kino. Das hatte ihr Mann ihr ja erlaubt, für die Tage, wo er auf Reisen war. Im Kino gab es immer etwas zum Lachen. Im Kino fand Frau Petra Vergessen.

Die Jahre gingen und kamen. Um Petra wurde es immer stiller und einsamer, da ihr Mann jetzt meist auf Reisen war. Darum hatte sie sich ein Hündchen angeschafft. Sie fütterte ihn mit allen Näscherlein, bis er dick und kugelrund war, und um das arme Tier wieder von seinem Fett zu erlösen, führte sie ihn täglich spazieren. In der guten Stube auf dem Divan saßen jetzt eine Anzahl Puppen in allen Größen. Das waren ihre Mascottes, die eine immer origineller als die andere. Mit den Mascottes, die alle ihren Namen hatten, unterhielt sie sich, als seien es lebende Menschen.

Als Frau Petra 47 Jahre zählte, starb plötzlich ihr Mann. Auf der Reise hatte er sich eine Erkältung zugezogen, eine Lungenentzündung folgte und die hatte ihn schnell hinweggerafft. Nun war sie ganz allein. Materielle Not litt sie nicht. Ach nein, Schazi hatte so gut für sie gesorgt, nicht einmal Frau Sorge hatte ihr Mann ihr als Gesellschafterin hinterlassen.

Frau Petra vergoß heiße Tränen. Schlimmer als die Trauer plagte sie die Langeweile, die Inhaltlosigkeit ihres Lebens. Jetzt genügten selbst der Mops und Mascottes nicht mehr, die Leere, die um und in ihr war, auszufüllen. Da versuchte sie es mit der

Gemeinde richten. Sie wird die Sozialpolitik nicht als ein notwendiges Uebel betrachten, sondern ihre kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung für die Gemeinde wohl zu schätzen wissen.

Eine Gemeinde, die nicht Sozialpolitik treibt, oder eine nicht ausreichende Sozialpolitik — die bürgerlichen Gemeinden müssen mit diesem Vorwurf behaftet werden —, verschärft die Klasseengegensätze, läßt Tausende der Verelendung anheimfallen, züchtet das Verbrechen, gefährdet die Volksgesundheit, und bedroht so auch ständig das wirtschaftliche Leben innerhalb der Kommune. Aber eine Gemeinde, die eine gute und eine reichliche Sozialpolitik entfaltet, wirkt zum Nutzen aller, fördert das Gesamtwohl, denn es entwickelt die Gemeinden zu einem blühenden Gemeinwesen.

Wieso? Wir deuten nur an!

Die Gemeinde, die in eigener Regie billige Wohnungen herstellt, schafft nicht nur frohe und gesunde Wohnstätten, in der keine Krankheitskeime mehr nisten können, sondern hebt gleichzeitig das Kultur- und Lebensniveau seiner Bürger. Billige Wohnungen geben doch die Möglichkeit, daß der Lohnanteil, der sonst für hohe Mieten hinzugeben ist, für andere Aufwendungen, z. B. für bessere Ernährung und dergleichen ausgeben werden kann.

Wie wertvoll können die Notstandsarbeiten der Gemeinde sein. Durch sie entstehen nicht nur volkswirtschaftliche Werte. Sie entlasten auch die Arbeitslosenversicherung und geben dem Arbeitslosen eine ergiebigere Hilfe als wie sie die Arbeitslosenversicherung zu gewähren vermag.

Modern eingerichtete Schulhäuser mit guten Lehrkräften geben die Gewähr für einen tüchtigen und gebildeten Nachwuchs. Das Fortkommen dieser Menschen wird dadurch sehr erleichtert.

Und welchen Segen kann erst ein gut ausgebautes und billiges städtisches Verkehrswesen stiften. Billiges Fahrgeld bedeutet ein Plus im Haushalt des Arbeiters. Und gute und schnelle Verkehrsverhältnisse bedeuten ihrerseits, daß der Arbeitnehmer in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Arbeits- und Wohnstätte gelangen kann. Was heißt das? Das heißt nicht weniger und nicht mehr, als daß dadurch dem Arbeiter eine größere Freizeit zur Verfügung steht.

Gute und unentgeltliche Beratung in den gesundheitlichen Fürsorgestellen, verbunden mit Heilbehandlung und dergleichen, bewahren den Menschen vor Siechtum und geben ihm so die Möglichkeit, im Daseinskampf auszuhalten.

So könnte man Beispiel an Beispiel reihen. Ja, segensreich wirkt sich die Sozialpolitik für die Gemeinde im allgemeinen und im besonderen für die Gemeindeglieder aus, die der Maßnahmen der gemeindlichen Sozialpolitik bedürfen.

Wer also für die Erweiterung der staatlichen und gewerkschaftlichen Sozialpolitik durch die gemeindliche Sozialpolitik

ist, und jeder Gewerkschafter muß ja daran interessiert sein, daß die Sozialpolitik eine Erweiterung erfährt, der kann bei den Gemeindegewählten nur die Liste der Sozialdemokratie wählen. Nur die Sozialdemokratie ist die Partei, die für eine schöpferische gemeindliche Sozialpolitik aus voller Ueberzeugung eintritt.

Lorenz Popp

Spaltung der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben!

Rund fünf Jahre sind ins Leben gegangen, seit auf Befehl der Moskauer Gewerkschafts-Internationale die kommunistischen Sektionen aller Länder die Einheitsparole verfechten mußten. Damals ging dieser Befehl soweit, daß den deutschen Parteigängern aufgegeben wurde, die in falsch verstandener Geselligkeit aufgelegenen oppositionellen Splitterverbände zu liquidieren. Mit dieser Zumutung erlebten die Moskauer in Deutschland ihre erste große Enttäuschung, da die ehemaligen Wortführer der KPD., die Weyher, Schumacher und Kaiser gar nicht daran dachten, ihre so mühselig aufgebaute Existenz einem solchen Parteibefehl zu opfern. Die zweite große Enttäuschung brachte das Scheitern des anglo-russischen Einheitskomitees und der fragwürdige Erfolg der Bemühungen, ein solches Einheitskomitee mit der schwedischen Landeszentrale und den Norwegern zustande zu bringen. Jeder Erfolg blieb auch den Bemühungen versagt, durch deutsche Arbeiter-Delegationen der Einheitsfront-Parole einen solideren Boden zu geben, weil alle Delegationen das Pech hatten, objektiv urteilende Teilnehmer in ihrer Mitte zu haben, deren Angaben die sorgfältig redigierten Berichte dieser Delegationen und damit den erstrebten Zweck um jeden Kredit brachten. Verständlich ist es deshalb, wenn der Moskauer Generalstab versuchte, sich selbst einmal Rechenschaft über den mit dieser Parole erzielten Erfolg zu geben.

Das ist sehr ausgiebig geschehen auf den im Frühjahr 1928 in Moskau abgehaltenen Kongressen der Kommunistischen Internationale und der Moskauer Gewerkschafts-Internationale. „Selbstkritik“ hieß das dort erfundene neue Schlagwort, hinter dem sich nichts anderes verbarg als das Zugeständnis, mit der bisher verfolgten Einheitsfront-Parole, besonders gegenüber der gut organisierten deutschen Gewerkschaftsbewegung, vollkommenen Schiffbruch erlitten zu haben. Wie üblich, traf aber die „Selbstkritik“ nicht die weit vom Schuß sitzenden Moskauer Oberbunzen, sondern die nachgeordneten Ausführungsorgane in den anderen Ländern, die nun auf einmal auch diese Parole wieder falsch angewendet haben sollten. Hinter der „Selbstkritik“ versteckte sich aber zugleich der schon längst überfällige Frontwechsel und die Abhalfterung einer nicht ganz willfährigen Führergarnitur.

Nichts zeigte die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Moskauer und der ihren Weisungen blindlings folgenden KPD. so deutlich,

wesen, daß sie die Last los war. Nur hatte es sie ein klein wenig gekränkt, daß Schahi nicht ein einziges Mal danach verlangt hatte, sein Kind zu sehen. Er kümmerte sich nicht um kleine Kinder — „er wollte seine Petra und nichts anderes,“ hatte er sich entschuldigt.

Petra hatte sich still gefügt, war ihrem Schahi wieder ganz liebende Braut und später eine gehorsame, brave Frau geworden. Und sie hatte es ja auch gut gekriegt. So gut, daß man sie allgemein beneidete um ihr Glück. Nach einer Fehlgeburt in der Ehe war sie kinderlos geblieben. Nach Aussage der Ärzte würde sie nie mehr ein Kind empfangen, geschweige denn austragen können. Nun, hierüber hatte sie sich auch weiter keine Gedanken gemacht, wenn nur die Sehnsucht nach ihrem Mädchen nicht gar so sehr an ihr gerupft und gezerrt hätte. Ja, wenn sie sich doch nur ein einziges Mal mit jemanden darüber aussprechen könnte. Vor Jahren hatte es sie einst so gepackt, daß sie, als ihr Mann eine längere Zeit auf Reisen war, einfach auf und davon ging. Sie wollte ihr Kind sehen, mochte es ihr gehen, wie es wollte. Mitten in der Nacht war sie in dem kleinen Harzdörfchen angekommen, kaum konnte sie den Morgen erwarten, um sich nach der Wohnung der Witwe Wille, die ihr Kind als eigen angenommen hatte, durchfragen zu können. An einem Matenmorgen war's gewesen. So genau noch, als sei es gestern gewesen, sah sie den Bauernhof vor sich im Sonnenschein liegen. Ein weißes Zicklein hoppelte über den Weg, ein dralles Dirnlein tollte hinterdrein. Wermundert blieb das Kind stehen, als es die feine Dame wahrte. Petra blickte in ein paar große, dunkle Augen, sie sah den eigensinnigen Mund, die hecke Stupsnase und wußte sofort, dort steht dein Kind, es gleicht im Außern ganz dem Vater. Trotzig warf das Mädel die braunen

Zöpfe in den Nacken und rannte davon, dem Zicklein nach. Petra wollte rufen, schreien, das Kind in ihre Arme schließen. Da fiel ihr ein, daß sie ja nicht einmal wußte, wie ihr Kind hieß. Man hatte es ihr ja genommen, als es kaum acht Tage alt gewesen war, und damals hatte niemand daran gedacht, sie zu fragen, welchen Namen man dem Kinde geben sollte. Damals galt es einzig das Kind so schnell wie möglich los zu werden, damit nur ja nichts davon unter die Leute kam. All dies fiel Petra jetzt wieder ein. Noch heute fühlte sie die Schamröte in ihrem Gesicht brennen, als sie das Kind, ihr eigenes Kind, nach seinem Namen gefragt hatte. Das Kind hatte sie so feindselig angesehen und ihr die Zunge herausgestreckt, trotzig hatte es geschwiegen. Zum Glück war Frau Wille herausgetreten, und Petra hatte sich zu erkennen gegeben. „Seh, Dora, gib der Tante die Hand,“ hatte Frau Wille zu dem Kind gesagt. „Neich mag nicht,“ hatte es geschmollt, und war davongerannt. Frau Wille hatte dann noch ein endloses Klage lied angestimmt darüber, wie trotzig und verschlagen das Mädel sei. Hätte sie damals gewußt, was für ein Uerger ihr der Balg machen würde, hätte sie sich das Geld lieber nicht verdient. Mit einer Schwäche in den Beinen war Petra gegangen, schnurstracks zur Bahn und war sofort nach Hause gefahren. Schluchzend hatte sie ihrem Mann von ihrer Reise und der Begegnung mit ihrem Kinde erzählt. Er hatte sie tüchtig ausgescholten, und sie hatte er ihm versprechen müssen, nie wieder so etwas zu tun. Petra hatte sich still gefügt, trotzdem sie tief innerlich gewünscht hätte, ihr Mann hätte gesagt: Ich will dir was sagen, Petra, wir nehmen das Kind zu uns, und damit basta.

Nein, ach nein, so hatte Schahi nicht gesprochen, davon hatte er absolut nichts wissen wollen. All seine Angst galt den Leute

wie der im vorigen Jahre vollzogene Frontwechsel. „Einheitsfront“ hieß es zwar noch immer, schon damit die Massen der weniger kritischen Parteigänger vor der wirklich verfolgten Absicht nicht erschrecken sollten. Tatsächlich wurde aber den kommunistischen Parteigängern unter Hinweis auf die bisherige falsche Anwendung der Einheitsfront die Spaltung der Gewerkschaften zur Parteipflicht gemacht. Als falsch wurde die Auffassung bezeichnet, im friedlichen Meinungskampf die Eroberung des Gewerkschaftsapparates erreichen zu wollen, weil es nur darauf ankomme, „die reformistischen Führer auszuräuchern, sie zu verjagen und die Massen für sich zu gewinnen“. Dazu bieten die Gewerkschaftsversammlungen und die Agitation in den Betrieben infolge der Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften nicht mehr die erforderliche Gelegenheit, und „geredet haben wir genug, gehandelt muß werden“, verkündete das Moskauer Oberhaupt Losowski. Dieses Handeln sollte besonders bei den großen Arbeitskämpfen der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum einsetzen. „Den Gewerkschaften ist die Leitung dieser Kämpfe durch die zu betreibende Wahl besonderer Kampfleitungen zu entreißen, wobei sich die Opposition besonders auf die Unorganisierten zu stützen hat.“ Nach den Moskauer Anweisungen sind die Unorganisierten bei den Kämpfen nicht bloß häufig revolutionärer als die Organisierten, sie bilden bei den großen Arbeitskämpfen gegenüber den Organisierten auch meist noch die Mehrheit. Den Kampfleitungen geridarum die Aufgabe gestellt, den Einfluß des reformistischen Schreckschaftsapparates zu verdrängen und in diesem Sinne und erbitterten Kampf zu führen. Nur ein Vorrecht wurde den Gewerkschaften gelassen; sie haben zur Unterstützung der Unorganisierten einen Teil des Gewerkschaftsvermögens den Kampfleitungen zur Verfügung zu stellen.

Auf der gleichen Linie bewegen sich auch die Anweisungen der Kommunistischen Gewerkschafts-Internationale für die Betriebsrätewahlen. Die Opposition hat sich dafür einzusetzen, daß nicht nur freigewerkschaftliche Organisierte, sondern auch Hirsch-Dunkerische, Christen und Unorganisierte in die Liste aufgenommen werden, wenn sie sich zum Kampfprogramm der Opposition bekennen.

Verheerend hat der neue Parteibefehl zunächst bei den aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Funktionären der KPD. gewirkt. Diese haben sofort erkannt, daß damit die Spaltung der Gewerkschaften zum Prinzip erhoben wird. Da ihnen aber auch bekannt ist, daß die deutschen Gewerkschaftsmitglieder gegen einen solchen Frevel mit Entschiedenheit Front machen werden, daß also damit der kommunistischen Agitation die beste Stütze und der beste Betätigungsboden entzogen wird, so blieb ihnen nach der Mißachtung ihrer Warnungen und Erfahrungen durch die oberen Befehlshaber nur die offene Opposition gegen die offiziellen Weisungen der Partei übrig. Hemmungslos platzten die Meinungen in den Fraktionskämpfen der KPD. aufeinander und in der gegenseitigen Wut

der Meinungskämpfe erlebten wir, daß die Führer von gestern die ganze, bisher von der KPD. betriebene Politik in Grund und Boden verdammt. Von ihnen stammt die zutreffende Kennzeichnung, daß sich die KPD. mit dieser Taktik zur Partei der Unorganisierten degradiert. Aber auch Eingeständnisse verdanken wir diesen Auseinandersetzungen, die im anderen Falle sorgfältig vor einer breiteren Öffentlichkeit gehütet worden wären. Dazu gehört insbesondere der von dem ausgeschlossenen Galm im Volksrecht veröffentlichte Ausspruch Losowskis in einer Sitzung der Profintern in den ersten Dezembertagen in Moskau:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Nach außen werden natürlich die Abwehrmaßnahmen der Verbände gegen solche frivolen Absichten als die von den Reformisten betriebene Spaltung hingestellt. Nur, wenn die Moskauer unter sich selbst streiten, fällt die mit so diabolischer Geschäftlichkeit herausgesteckte Maske. Schon um dessentwillen verdient dieses Eingeständnis Losowskis aber immer wieder festgehalten und einer schnellebigen Vergesslichkeit entrisen zu werden.

In den seit dem letzten Frontwechsel verstrichenen anderthalb Jahren hat die KPD. sich nun redlich bemüht, mit revolutionären Kampfleitungen, Wahlkomitees und Aktionsausschüssen in ihrer Art Einheitsfront zu machen. Bei den gewerkschaftlichen Kämpfen blieben aber die revolutionären Kampfleitungen unbeachtet. Die von der KPD. veranlaßten Streiks sind trotz revolutionärer Kampfleitungen sämtlich trostlos zusammengebrochen. Nur bei den Betriebsrätewahlen gelang es der Opposition, in verschiedenen Betrieben Sonderlisten aufzustellen und dadurch ein geschlossenes Handeln der Arbeiterschaft zu hindern. Ein so mageres Ergebnis kann auch die bescheidenste „Selbstkritik“ nicht befriedigen, besonders wenn sich die Gewerkschaften so entschlossen von den kommunistischen Ausführungsorganen befreien und die vordem so gehegten Kampfleitungen nach ihren erfolglosen Aktionen planlos auseinanderfallen lassen. Dieses Auseinanderfallen ist die Sünde, an der bei entschiedenem Widerstand der Gewerkschaften die bisherige Parakoschusterei und Zellenbauerei scheitert. Soll es verhütet werden, so muß sich die KPD. eine Auffangeinrichtung schaffen und damit offen den der Arbeiterschaft gegenüber so lange bestrittenen Weg gehen, sie muß eigene Gegengewerkschaften ins Leben rufen. Dieses Stadium kommunistischer Geschäftigkeit ist heute erreicht.

Für sturmreif wurde zunächst die Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes befunden. Die Amtsenthebung und der nachfolgende Ausschluß des Sowjetangestellten Niederkirchner aus dem Metallarbeiter-Verband wurde zum Anlaß genommen, die Branche der Rohrleger zu einer Beitragsperre

und seinem Chef, nein, es ging einfach nicht an, daß man sich dem Verede der Leute aussetze.

„Unser Kind hat es nicht gut,“ hatte sie aufgeschluchzt aus tiefster Seelennot. Da hatte Schazi ein paar Hundertmarkscheine auf den Tisch gelegt. „Da schick der Alten das, das ist das beste Mittel, und nun will ich nichts mehr hören von der Geschichte, verstanden?“

Und Petra hatte geschwiegen bis auf den heutigen Tag, und sie würde es auch nie mehr wagen, zu ihrem Manne je wieder von dem Kinde zu sprechen, so schwer es ihr auch wurde.

Die Uhr schlug sieben.

Petra machte Licht. Es war doch nicht gut, so lange Dämmerstunde zu halten. Gelangweilt griff sie nach einem Modeblatt. Ein paar Konfirmantinnen präsentierten sich ihr in duftigen weißen Kleidern. Da packte sie es von neuem. Konfirmantinnen! Wie alt mochte ihr Kind wohl jetzt sein? Damals, als es geboren wurde, da war sie achtzehn gewesen, jetzt zählte sie zweiunddreißig. Within mußte es jetzt vierzehn Jahre alt sein. Vierzehn Jahre! Ihr Mädel schon vierzehn Jahre! Sie hatte schon eine so große Tochter. Das würde ihr niemand glauben. Hielt man sie doch oft für eine Fünfundzwanzigerin.

Frau Petra atmete tief und schwer.

Was würde nun aus ihrem Mädel werden? Eine Ruhmagd vielleicht. Das gab ihr einen schmerzhaften Stich. Wenn das Kind sich nun gar nicht für's Land eignete. Wenn es sich nicht zurecht fand in dem weltabgeschiedenen Harzdörfchen? Sie selbst hätte sich nie für's Dorf geeignet. Die Eltern und Großeltern waren alle Stadtleute gewesen. Sie hatte doch da einmal einen Roman gelesen, wo solch ein armes, ausgelegtes Kind, das dem Liebesbund eines Geigers und einer Tänzerin ent-

sprossen war, aufs Land kam und, trotzdem es bei reichen Bauern war, sich doch nie dort heimisch fühlen konnte, so daß es elend zugrunde ging.

Frau Petra ging unruhig auf dem weichen Teppich auf und ab. O nur nicht mehr denken! Wenn Schazi doch erst wieder bei ihr wäre. Nein, heute konnte Petra das Alleinsein nicht länger ertragen. Kurz entschlossen zog sie sich um und ging ins Kino. Das hatte ihr Mann ihr ja erlaubt, für die Tage, wo er auf Reisen war. Im Kino gab es immer etwas zum Lachen. Im Kino fand Frau Petra Vergessen.

Die Jahre gingen und kamen. Um Petra wurde es immer stiller und einsamer, da ihr Mann jetzt meist auf Reisen war. Darum hatte sie sich ein Hündchen angeschafft. Sie fütterte ihn mit allen Räschereien, bis er dick und kugelrund war, und um das arme Tier wieder von seinem Fett zu erlösen, führte sie ihn täglich spazieren. In der guten Stube auf dem Divan saßen jetzt eine Anzahl Puppen in allen Größen. Das waren ihre Mascottes, die eine immer origineller als die andere. Mit den Mascottes, die alle ihren Namen hatten, unterhielt sie sich, als seien es lebende Menschen.

Als Frau Petra 47 Jahre zählte, starb plötzlich ihr Mann. Auf der Reise hatte er sich eine Erkältung zugezogen, eine Lungenentzündung folgte und die hatte ihn schnell hinweggerafft. Nun war sie ganz allein. Materielle Not litt sie nicht. Ach nein, Schazi hatte so gut für sie gesorgt, nicht einmal Frau Sorge hatte ihr Mann ihr als Gesellschafterin hinterlassen.

Frau Petra vergoß heiße Tränen. Schlimmer als die Trauer plagte sie die Langeweile, die Inhaftlosigkeit ihres Lebens. Jetzt genügten selbst der Mops und Mascottes nicht mehr, die Leere, die um und in ihr war, auszufüllen. Da versuchte sie es mit den

gegenüber dem Metallarbeiter-Verband zu bewegen. Da sich der Verband trotzdem nicht zwingen ließ, Niederkirchner länger als Mitglied und Branchenleiter anzuerkennen, wurden die mit Niederkirchner sympathisierenden Rohrleger als „Vereinigung der Rohrleger“ zusammengefaßt. Natürlich dient diese „Vereinigung“ der KPD. nun auch als Sammelbecken für die mit ihr „sympathisierenden“ Elemente des Metallarbeiter-Verbandes, die sich hier nach Herzenslust und ungehemmt gegen den schändlichen Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie“ austoben können.

Einige Monate haben die Mitglieder dieses Vergnügens mit der Abführung der festgesetzten Beiträge bezahlt. Wenn man aber jahrelang gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften heßt, Tariftreue als Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet und immer nur um der Parteipolitik willen zur Aufstellung zwischen tariflicher Lohnforderungen aufreizt, dann nötigt die Gründung besonderer kommunistischer Gewerkschaften zwingend zur Ausführung solcher Parolen. Dieser Situation trägt der zurzeit von der KPD. gegen den Metallarbeiter-Verband inszenierte Streik der Rohrlegervereinigung Rechnung.

Erst vor wenigen Monaten war es der Berliner Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes gelungen, für die Rohrlegerbranche ein neues Tarifabkommen zu vereinbaren, dem auch die Mehrheit der organisierten Rohrleger und Helfer zustimmte. Trotz dieser Bindung, oder richtiger, gerade wegen dieser Bindung, stellte die kommunistische Vereinigung Lohnforderungen, deren selbstverständliche Ablehnung mit der Proklamierung des Streiks durch die Vereinigung beantwortet wurde. Darüber, daß sich der Metallarbeiter-Verband an seinen Tarifvertrag gebunden halten mußte, bestand bei den Niederkirchner-Leuten kein Zweifel. Der Streik sollte ja auch weniger die Besserung der Arbeitsverhältnisse zum Ziel haben, als der Hez gegen den Metallarbeiter-Verband dienen. Darüber hinaus bot er die Gelegenheit, die tarifstreuen Rohrleger des Metallarbeiter-Verbandes in einen Gewissenskonflikt zu treiben, indem man sie in der gemeinsten Weise als „Streikbrecher“ zu infamieren trachtete. Der den Arbeitern durch jahrelange Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften anezogene Abscheu vor gewissenlosen Streikbrechern wird bewußt in das Gegenteil verkehrt, weil die KPD. nur von dem Gegeneinanderheßen der Arbeiterschaft leben kann. Selbst vor dem Verbrechen, andere, unbeeilte Berufsgruppen, die auf gemeinsamen Arbeitsstellen mit tarifstreuen Rohrlegern zusammen arbeiten, gegen diese Rohrleger aufzuputschen, wird nicht haltgemacht. Der Streik gegen den Metallarbeiter-Verband — und nur um einen solchen handelt es sich ja — hat eben nur den Zweck, auch in anderen Industrien die kommunistische Gefolgschaft von ihren Gewerkschaften loszureißen. Darin sieht heute die KPD. die leichteste Möglichkeit, auch in einigen anderen Berufsgruppen zu kommunistischen Gegengewerkschaften zu kommen.

Diese Konsequenz der vor anderthalb Jahren in Moskau aufgestellten Richtlinien für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit haben wir vorausgesagt. Auch die inzwischen abgefallene Opposition der KPD. war sich darüber nicht im unklaren und mußte deshalb verschwinden. Heute hängt die Gründung kommunistischer Gewerkschaften nicht mehr von der kommunistischen Partei ab; sie muß zwangsläufig den mit ihrer Streiktaktik verbundenen Weg zu Ende gehen. In der Presse ist auch bereits zu Ende November ein von der KPD. einberufener Gewerkschaftskongreß angekündigt, auf dem die von Losowitsch geforderte Spaltung der Gewerkschaftsbewegung endlich offiziell vollzogen werden soll. Wäre allein der Wille der KPD. entscheidend, so würden auch die deutschen Gewerkschaften nach dem in Frankreich gegebenen Vorbild in zwei Gruppen gespalten und ihrer Macht dadurch beraubt werden. Die Folgewirkung für die deutsche Arbeiterschaft wäre nur um vieles fürchterlicher, weil unsere straff organisierten Unternehmer sich sehr schnell auf die Ausnutzung einer solchen Situation einstellen würden. Entscheidend ist aber nicht der Wille der KPD., sondern der Wille der diesem frivolen Spiel entgegentretenden organisierten Arbeiter. Scheiterte die KPD. bisher mit allen ihren Parolen in Deutschland, so weil sie unbeachtet ließ, daß die deutschen Arbeiter den Rückhalt an ihren Gewerkschaften viel zu gut schätzen gelernt haben, um den Wahnsinn der Zersplitterung nicht zu erkennen. Mit der völligen Preisgabe der Einheitsfrontparole werden im Gegenteil auch die Mißläufer der KPD. endlich die wahre Situation begreifen, und sie werden es ablehnen, die Geschlossenheit ihrer Gewerkschaften dem Parteifanatizismus zu opfern. Der kommunistische Gewerkschaftskongreß bringt endlich die offene Demaskierung. Die unverbüllte Frage wird sich zeigen und damit wird sich die neue Methode von vornherein selbst erledigen.

Gestorben sind:

Die Zigarettenmaschinenarbeiterin Gertrud Spillner, 28 Jahre alt (Zahlstelle Hannover).

Der Zigarettenarbeiter Gerhard Hüsing, 49 Jahre alt (Zahlstelle Burgsteinfurt).

Am 15. Oktober die Wickelmacherin Gustina Schirmacher, 61 Jahre alt (Zahlstelle Elbing).

Am 18. Oktober die Tabaklöserin Walburga Stadler, 24 Jahre alt (Zahlstelle München).

Am 21. Oktober die Wickelmacherin Auguste Kretschmann, 41 Jahre alt (Zahlstelle Elbing).

Am 28. Oktober die Kistenbekleberin Anna Damaskle, 33 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 31. Oktober der Zigarettenarbeiter Bernhard Fahrenberg, 79 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Ehre ihrem Andenken!

Wohltätigkeit. Das half so gut wie gar nicht. Petra wurde mit jedem Tag wunderlicher, wie die Leute es nannten. Sie wußten es ja nicht, wie die alternde Frau litt unter der Leere ihres Lebens. Wie die Langeweile an ihren Nerven riß und zerrte. Frau Petra wurde ernstlich krank. Gemütskrank, und alle Mitzuren halfen nicht. Der Arzt riet ihr zu reisen. Luftveränderung müsse sie haben.

„Reisen? Wohin soll ich reisen?“ hatte sie weinerlich gefragt. „Einerlei, nur heraus aus dem Alltag. Reisen Sie nach dem Harz. Bleiben Sie dort, so lange es Ihnen gefällt, und dann machen Sie noch eine kleine Nachkur an der See.“

Nach dem Harz? — Petra horchte auf. Ja, sie wollte nach dem Harz reisen. Sie traf sofort ihre Reisevorbereitungen, brachte den Wops zur Nachbarin und bat um gute Pflege für das arme Tier, packte ihre Puppen sorgfältig weg, damit sie ja nicht verstaubten. So, nun konnte sie ruhig abreisen.

Frau Petra ließ sich in einem teuren Kurorte im Harz häuslich nieder. Die ersten Tage fühlte sie sich wohler, dann war es wieder dasselbe. Es war da etwas, was sie nicht zur Ruhe kommen ließ, täglich nahm dieses Ungewisse greifbarere Formen an. Und mit einem Male wußte sie es, was sie wollte. Ihr Kind wollte sie suchen. Nun, wo ihr Mann tot war, konnte er es ihr doch nicht mehr verbieten. Daß ihr Kind doch nun schon längst ein erwachsener Mensch sein mußte, daran dachte Petra nicht. Eine stille Freude war plötzlich über sie gekommen, für sie existierte ja immer noch das Kind, wie sie es damals gesehen hatte, und dies Kind wollte sie suchen und zu sich nehmen. Da durfte ihr nun niemand mehr dazwischenreden.

Gleich am anderen Morgen machte sie sich auf den Weg nach dem Dörfchen, sie fand auch gleich das Haus der Witwe Wille.

Die Alte saß im Hofe und sonnte sich. Recht alt und klapperich war sie geworden. Frau Wille erkannte Petra natürlich nicht. Sie war auch gar nicht erbaut davon, daß die Fremde sie nach ihrem Pflegekinde fragte.

„Weiß nicht, wie es ihr geht, kümmern mich auch nicht darum,“ knurrte die Alte und blinzelte mit ihren entzündeten Augen ins Sonnenlicht.

„Ist das Kind nicht mehr bei Ihnen?“ fragte Petra. Ein Zittern machte ihre Stimme unsicher.

Die Alte horchte auf. „Kind? Schönes Kind das. Hat mir nichts als Aerger gemacht, das Mensch. Ja, solange wie sie noch klein war, da war ich gut genug, ihren Dreck wegzubringen, und nachher, wie sie groß war, wie ich ihre Hilfe brauchen konnte, ja Proßt die Mahlzeit, da hing sie sich an den ersten besten Mann, der ihr in den Weg lief. Da ließ sie mich allein. Das war der Dank, daß ich Mutterstelle an ihr vertreten habe. Na, sie hat ihren Lohn gekriegt. Jetzt sitzt sie mit ihren drei Bälgern da und ist Witwe. Hat sie gut davon, das Luder, das.“

„Wo ist Dora? Bitte, fagen Sie es mir,“ bettelte Petra und versuchte dem Redeschwall der erbitterten Alten ein Ende zu machen.

Frau Wille zeigte mit ihrem Krückstock nach einem Bergkegel. „Da, sehen Sie das Wäldchen dort, wenn Sie da rechts abgehen, da kommen Sie an einer Hütte vorbei, dort haust sie mit ihren Rangen. Es ist früher mal eine Köhlerhütte gewesen, die hat sie sich wohl als Wohnraum eingerichtet. Die Gemeinde hat sie ihr überlassen den Sommer über, weil sie doch kein Dach über'm Kopf hatten. Was es wird, wenn der Winter kommt, ich weiß es nicht; es kümmert mich auch nicht. Von mir kriegen sie nichts, ne, keinen Pfennig.“ (Schluß folgt.)